

Bericht aus dem Kantonsrat

Sitzung vom Montag, 3. Februar 2014

Verfasser: Beni Schwarzenbach

Der ganzen Morgen war Bildungsthemen gewidmet – und es gab keine wirklich umstrittenen Geschäfte

Amts-dauer von Präsidentinnen und Präsidenten von Schulkommissionen kantonalzürcherischer Mittelschulen

Die Neuregelung der maximalen Amtsdauer wird von allen Fraktionen begrüsst. Die Änderung ermöglicht eine bessere Erhaltung des Know-hows der Mitglieder von Schulkommissionen und deren Präsidien.

Genehmigung der Änderung der Lehrpersonalverordnung

Die Änderung bezweckt eine Ablösung der bisherigen Mehrklassenzulagen durch eine Einmalzulage.

Abrechnung des Vermietersausbaus für die Pädagogische Hochschule Zürich

Die Fraktionen loben die Kostenunterschreitungen im Vermietersausbau der PHZH.

Volksschulgesetz

Die Änderung des Volksschulgesetzes sieht eine einheitliche Regelung für die Finanzierung von Schülerinnen und Schülern durch Gemeinden vor, die eine "Besondere Schule" besuchen. Dies betrifft v.a. Jugendliche, die sportlich oder künstlerisch überdurchschnittlich begabt sind und deshalb eine entsprechend spezialisierte Schule besuchen. Die Vorlage wird ohne Gegenstimme angenommen.

(Keine) Streichung des Subventionsbeitrags an die Fachstelle mira

Die meisten Fraktionen sind mit den Verbesserungsmaßnahmen durch die Fachstelle mira (die sich in der Verhinderung sexuellen Missbrauchs engagiert) zufrieden, namentlich mit der Konzentration auf Prävention und dem Rückzug aus der Intervention. Trotz kritischem Votum der SVP wird das Postulat einstimmig abgeschrieben, d.h. auf die Streichung der Subventionen wird verzichtet.

Interkantonale Vereinbarung über den schweizerischen Hochschulbereich

Nach Ansicht der KBIK muss der Kanton Zürich als grösster Hochschulkanton dem Konkordat beitreten. Die glp wie auch andere Fraktionen sehen die Vorteile in der verbesserten Koordination der Hochschulbildung und einem effizienteren Einsatz der finanziellen Mittel. Die Vorlage wird mit Ausnahme der SVP von allen Fraktionen unterstützt.

Internationale Schulen

Die KBIK sieht in der Volksschule ein Ort, der in einer Zeit gesellschaftlichen Auseinanderdriftens eine wichtige Integrationsfunktion zwischen verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen wahrnimmt. Zudem will die Initiative den Volksschulen zur Initiative "Freie Schulwahl" aushöhlen, indem in allen Internationalen Schulen alle Schülerinnen und Schüler zugelassen werden sollen. Die KBIK empfiehlt aus diesen Gründen die Ablehnung. Selbst die FDP, welche die PI eingereicht hatte, ist nun im Hinblick auf organisatorische Probleme gegen die Vorlage. Auch wenn es in der glp vereinzelt Sympathie für die Vorlage gab, lehnt sie sie nun einstimmig ab. Der Rat tut es ihr gleich.

Volkswirtschaft an der Universität Zürich: Sicherstellung der Relevanz der Forschung

Mittels des Postulates wollen die Grünen Einfluss auf die Volkswirtschaftslehre an der Universität Zürich nehmen und sie darauf verpflichten, sich vermehrt aktuellen gesellschaftlichen Fragen zuzuwenden. Diesen Eingriff in die Forschungs- und Lehrfreiheit der UZH lehnen wir mit allen anderen Fraktionen ab.

Diverses

Im Weiteren wurden in dieser Ratssitzung, welche im Schnellzugstempo durch die Traktandenliste raste, die Interpellationen "Umsetzung familien- und schulergänzende Betreuung an der Zürcher Volksschule" und "Kostensteigerungen bei Fremdplatzierungen" erledigt.